

## Dringliche Interpellation 62

Eingang Stadtkanzlei: 5. Februar 2021

### Kinderschutz während der Corona-Pandemie

Kinder als besonders schützenswerte Mitglieder unserer Gesellschaft können nicht selber für ihre Rechte eintreten. Als Vertragsstaat der UN-Kinderrechtskonvention hat sich die Schweiz verpflichtet, die Kinderrechte zu schützen und zu achten.

Die Schulschliessungen in den Primarschulhäusern Maihof und Mariahilf haben bei vielen Eltern, Lehr- und Fachpersonen ihre Sorge um Kinder, die nicht primär durch allfällige schwere Verläufe einer Corona-Erkrankung, sondern durch die Folgen der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bedroht sind, erhöht.

Bestätigt wird diese Beunruhigung durch besorgniserregende Befunde. Das Kinderspital Zürich verzeichnet eine Zunahme der Fälle von misshandelten Kindern im Jahr 2020 um 10 %. Dabei wird von den Fachleuten ein Zusammenhang zwischen der Zunahme der Gewalt und der Corona-Pandemie gezogen: Risikofaktoren wie finanzielle Nöte, Stresserleben durch Unsicherheiten und fehlende Möglichkeiten sich zurückzuziehen, werden durch die Folgen der Pandemie (Homeoffice, Quarantäne-Situationen und das Wegfallen externer Betreuung und externer Bezugspersonen) verstärkt.<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Nach welchen Vorgaben läuft die Umsetzung von Massentests an den Schulen? Wie werden die Eltern darüber informiert?
2. Welche Arten von Tests werden eingesetzt? Besteht die Möglichkeit, Tests ohne Rachenabstrich (analog Erwachsene) durchzuführen? Wenn ja, nach welchen Kriterien wird die Wahl des Testes gefällt?
3. Welche Lehren zieht der Stadtrat aus den im Maihof und Mariahilf gemachten Erfahrungen? Was hat gut funktioniert? Wo besteht Handlungsbedarf, falls sich das Szenario wiederholt?

---

<sup>1</sup> <https://www.kispi.uzh.ch/de/medien/medienmitteilungen/2021/Documents/20210128%20Medienmitteilung%20Kinderschutzgruppe%202020.pdf>

4. Wurden vom Stadtrat Präventionsmassnahmen zum Kinderschutz eingeleitet und entsprechende Fachstellen in die Strategie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aktiv miteinbezogen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
5. Werden bestehende niederschwellige Angebote wie anonyme und kostenlose Hilfe für Eltern, Kinder und Jugendliche, die unter Quarantäne gestellt werden, den Betroffenen zugänglich gemacht? Wenn ja, wie und welche? Wenn nein, weshalb nicht?
6. Welche bestehenden Kanäle zur Prävention von Kindesmisshandlungen können verstärkt genutzt, und welche zusätzlichen Angebote für die Zeitdauer der Pandemie können neu geschaffen werden?

Tamara Celato  
namens der SP-Fraktion